

Standpunkte in Kürze

STAND: 07/2009

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

- ◆ **Mittelstand macht Deutschland stark**
- ◆ **Den Mittelstand stärken durch:**
 - Senkung der Lohnzusatzkosten
 - Steuerentlastungen
 - Bürokratieabbau
 - Forschungsförderung
 - Sicherung der Fachkräftebasis
- ◆ **Kurs halten für Soziale Marktwirtschaft**

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Mittelstand -
Das Rückgrat
der deutschen
Wirtschaft

Informationen über die parlamentarische Arbeit der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag finden Sie im Internet:

www.csu-landesgruppe.de

Mittelstand macht Deutschland stark

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ist für die führende Exportnation Deutschland eine große Herausforderung. Die Bundesregierung handelt entschlossen, um der Krise zu begegnen: Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz im Oktober 2008, dem Maßnahmenpaket Beschäftigungs- und Wachstumssicherung im November 2008 und dem Pakt für Beschäftigung und Stabilität im Januar 2009.

Deutschland tritt der Krise besser gerüstet entgegen, als das noch vor wenigen Jahren der Fall gewesen wäre: Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist gewachsen. Gerade der Mittelstand ist vielfältig und stark. Qualifikation und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer werden weltweit hoch geschätzt. Der hohe Beschäftigungsstand, den wir erreicht haben, hat für Reserven gesorgt. Die Konsolidierungserfolge der letzten Jahre eröffnen haushaltspolitische Spielräume.

Die Politik kann die Krise nicht alleine meistern. Alle leisten ihren Beitrag: Betriebe und Banken, Unternehmer und Arbeitnehmer, Verbraucher und Anleger. Alle rufen wir auf, gemeinsam anzupacken und um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen.

Den Mittelstand stärken

Zuversicht für den Standort Deutschland verbreiten vor allem die von verantwortungsbewussten Eigentümern geführten Familienunternehmen. Der Unternehmer, der langfristig einen Betrieb aufbaut und gute Mitarbeiter durch eine faire Betriebsführung bindet, muss das Bild der wirtschaftlich Tätigen in unserer Gesellschaft wieder prägen. Unsere Wirtschaftspolitik setzt vor allem auf den Mittelstand. Soweit das in einer Großen Koalition möglich ist, eröffnet sie Freiräume für unternehmerische Initiative und baut überflüssige Bürokratie ab. Die wichtigsten Maßnahmen sind:

Senkung der Lohnzusatzkosten. Der Arbeitgeberbeitrag zu den Sozialversicherungen sank zum 01.07.2009 von 19,625% auf 19,025%. 2005 waren es noch durchschnittlich 20,4%.

Steuerentlastungen

- ◆ Der steuerfreie Grundfreibetrag in der Einkommensteuer steigt rückwirkend zum 01.01.2009 um 170 € auf 7.834 € und ab 01.01.2010 auf 8.004 €.
- ◆ Der Eingangsteuersatz sinkt rückwirkend zum 01.01.2009 von 15% auf 14%.
- ◆ Die sogenannte „kalte Progression“ wird abgemildert. Damit Lohnzuwächse künftig nicht mehr so stark steuerlich belastet werden, werden die Eckwerte der Tariffkurve in zwei Stufen nach oben verschoben: Rückwirkend zum 01.01.2009 um 400 € und zum 01.01.2010 nochmals um 330 €.
- ◆ Zum 01.01.2009 wurde eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von 25% wieder eingeführt.
- ◆ Die Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen ist verbessert: Der Abzug von der Steuerschuld wurde auf 20% von 6.000 €, also auf 1.200 €, verdoppelt.
- ◆ Die Gesamtbelastung aus Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer – oder entsprechend die Steuerbelastung thesaurierter Gewinne – ist seit Jahresbeginn 2008 auf knapp unter 30% gesenkt. Zuvor lag sie bei 38,65%.

Liquidität der Betriebe sichern helfen

Um die Kreditversorgung der Wirtschaft auch bei Engpässen im Bankenbereich zu sichern, wurde bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau befristet bis Ende 2009 ein mittelstandsorientiertes Sonderprogramm von 15 Mrd € geschaffen. Dies verstärkt das Kreditangebot der privaten Bankwirtschaft. Die bundesgedeckte Exportfinanzierung wird ausgebaut.

Für Unternehmen wird ein Kredit- und Bürgschaftsschirm von weiteren 100 Mrd € gespannt. Nicht die Großunternehmen sind vorrangiger Adressat dieser Hilfen, sie stehen vielmehr allen offen - gerade auch dem Mittelstand.

Bürokratieabbau. Mit den drei Mittelstandsentsetzungsgesetzen haben wir spürbar das Dickicht der Statistikpflichten gelichtet. Und wir haben einen Normenkontrollrat eingerichtet, der jedes neue Vorhaben auf bürokratische Belastungen prüft und so als Bürokratiebremse wirkt.

Forschungsförderung. Die Bundeshaushalte seit 2006 steuern konsequent das Ziel an, zusammen mit Ländern und Wirtschaft 3% des BIP für Forschung und Entwicklung auszugeben. Die High-Tech-Strategie bündelt unsere Anstrengungen, auf Zukunftsmärkten zu punkten – bei Klimaschutz und Energieeffizienz, bei Mobilität und Gesundheit.

Sicherung der Fachkräftebasis. Mit jeweils deutlich über 600.000 wurden 2007 und 2008 so viele Lehrstellen angeboten wie seit langem nicht mehr. Auch Altbewerber finden zunehmend Ausbildungsplätze. Außerdem haben wir die Aufstiegsfortbildung (Meister-BAFöG) verbessert.

Kurs halten für Soziale Marktwirtschaft

Wenn Unternehmen, die von der großen Krise hart getroffen werden, mit Steuergeldern stabilisiert werden, ist das keine Verstaatlichung. Es geht um Hilfe für kurze Zeit. Verstaatlichung wäre die dauerhafte Ersetzung unternehmerischer Verantwortung durch Planwirtschaft. Das ist und bleibt ein fataler Irrweg. Politiker sind nicht die besseren Manager, der Staat nicht der bessere Unternehmer. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich mehrfach bewährt: Nach 1948 beim Wiederaufbau, nach 1989 bei der Gestaltung der Einheit. Sie weist auch jetzt den Weg aus der Krise.

Wir alle haben uns in den vergangenen Jahren über einen Zeitgeist geärgert, der die Ehrlichen als die Dummen herabgesetzt hat. Das ist vorbei. Die Tugenden des ehrlichen Kaufmanns gelten wieder etwas: Aufrichtigkeit und Anstand, Rücksicht und Vertrauenswürdigkeit, die Orientierung an echten Werten statt am schnellen Geld. Mit diesen Werten hat Deutschland ein Wirtschaftswunder geschaffen – mit diesen Werten wird Deutschland auch die aktuelle Krise meistern.